

Marxer: «Einzelne Familien haben politisch relativ wenig Spielraum»

Nachgefragt Die Auswertung der Nachwahlbefragung wirft naturgemäss neue Fragen auf. Einige davon hat das «Volksblatt» dem Politikforscher Wilfried Marxer gestellt. Doch auch die vier Parteipräsidenten machen sich ihre Gedanken.

VON DAVID SELE

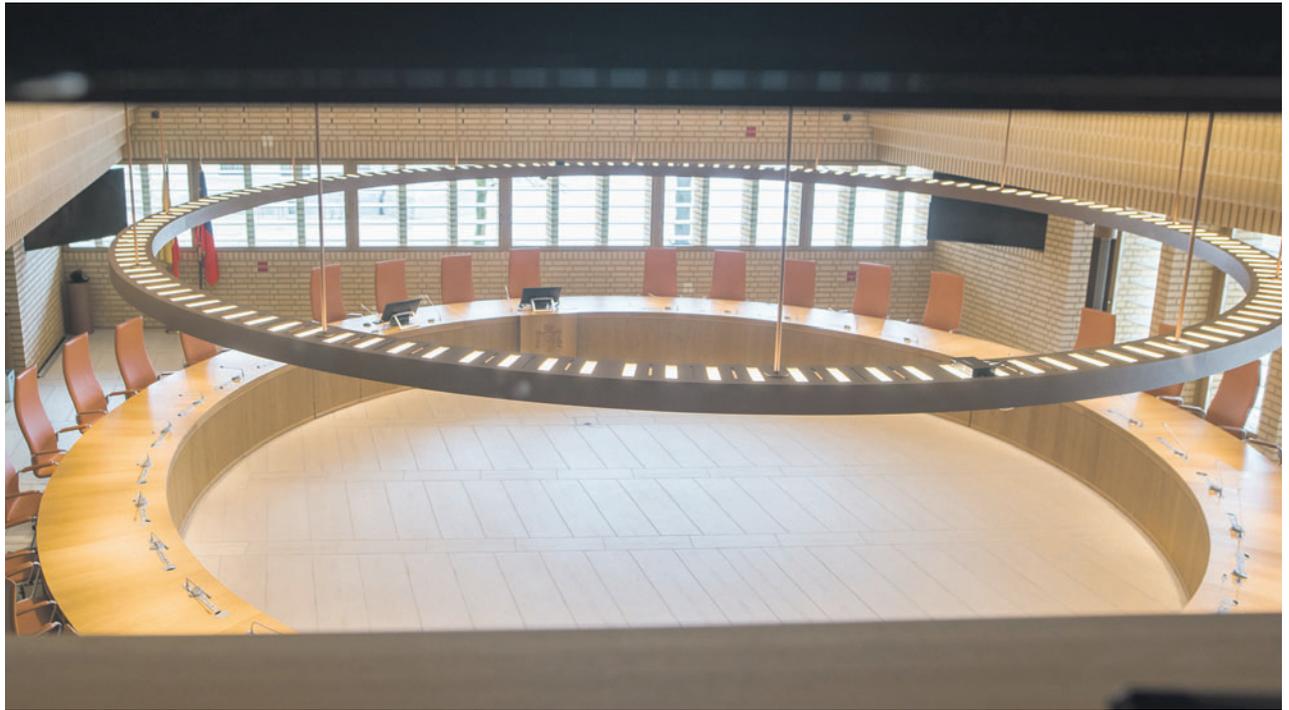
Die Forschung kann den politischen Parteien wohl ein Stück weit helfen, ihre Wähler besser zu verstehen. Die Arbeit abnehmen kann und soll sie den Politikern aber keinesfalls. So liegt es beispielsweise an der FBP, sich Gedanken zu machen, wie sie denn mehr Jungwähler für ihre Politik begeistern könnte. Die stimmenstärkste Partei muss vor allem bei den 18- bis 34-Jährigen starke Einbussen verzeichnen. Das weiss auch Parteipräsident Thomas Banzer und kündigt an, dies parteiintern vertieft zu analysieren: «Wir müssen herausfinden, was die Ursachen sind und welche Schritte wird daraus konkret ableiten können, um dies zu ändern.» Die Freie Liste (FL) muss sich hingegen damit beschäftigen, wie sie die neu gewonnenen jungen Wähler halten kann, wenn diese älter werden. Man werde versuchen speziell nachhaltige Zukunftsthemen wie Ökologie und Verteilungsgerechtigkeit immer wieder zu betonen, bleibt FL-Präsident Pepo Frick der Parteilinie treu. Dies tun ihm die FL-Wähler indes gleich: Sie vergaben ihre Stimme hauptsächlich aufgrund des Parteiprogramms der Oppositionspartei, obwohl sie mit der Arbeit der Regierung mehrheitlich zufrieden waren.

Befürwortet aber nicht gewählt

Keine Überraschung gemäss Frick: «FL-Wähler/-innen zeichnet aus, dass sie geleistete Arbeit pragmatisch beurteilen und auch schätzen, sich beim Wählen aber eben doch am Programm der Parteien orientieren.» DU-Chef Harry Quaderer erkennt derweil, dass DU-Wähler eine Alternative zur Regierung suchen würden, selbst wenn sie deren Arbeit grundsätzlich befürworten. Die Unabhängigen erhielten ihre Stimmen aber vor allem, weil ihre Wähler wollten, dass im Landtag «echte Oppositionsarbeit» geleistet werde «und diese liefern derzeit nun mal nur die Unabhängigen», so Quaderer. Thomas Banzer (FBP) ist grundsätzlich erfreut, dass sich trotz vieler «Unkenrufe» auch ausserhalb der FBP die Regierungsarbeit goutiert wird. Die Partei werde aber natürlich weiter daran arbeiten, dass diese Personen «in Zukunft einen FBP-Stimmzettel in die Hand nehmen», betont Banzer. VU-Präsident Günther Fritz wählt einen anderen Ansatz und erklärt: «Die VU muss künftig verstärkt daran arbeiten, sich ein schärferes Profil zu geben.» Damit meint Fritz auch, sich politisch klarer vom Koalitionspartner FBP abzugrenzen. Wie das dann aussehen könnte, wird sich frühestens bei der ersten Landtagssitzung am 30. März zeigen. Bis dahin gibt Politologe Wilfried Marxer den Parteifunktionären im «Volksblatt»-Interview noch ein paar weitere Denkanstösse.

«Volksblatt»: Was sind für Sie persönlich die überraschendsten Ergebnisse der Nachwahlbefragung?

Wilfried Marxer: Da gibt es doch einige. Zum Beispiel war nicht zu er-



Ab dem 30. März darf beobachtet werden, wie die Parteien ihre gezogenen Schlüsse umsetzen. (Foto: Michael Zanghellini)

warten, dass doch eine relativ grosse Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Regierung feststellbar ist, selbst bei denen, die die beiden Oppositionsparteien gewählt haben. Das hat sich im Vergleich zu 2013 markant verändert. So fand ich auch bemerkenswert, dass die Mehrheit die Sparpolitik der letzten Jahre in Ordnung findet. Das konnte nicht unbedingt so erwartet werden. Auch in der OKP-Auseinandersetzung sieht sich die Mehrheit der Befragten eher auf der Seite der Regierung als auf der Seite der Ärzteschaft. Nach den vielen überraschenden Wahlen und negativen Ausgängen für Regierungsparteien in anderen Staaten herrscht in Liechtenstein weitgehend Stabilität.

Über 60 Prozent der DU- und FL-Wähler waren mit der Regierungsarbeit zufrieden. Warum wählten sie dennoch eine Oppositionspartei? Viele haben eine eher diffuse negative Einschätzung von Machträgern, insbesondere der Parteien, weniger eine konkrete Kritik an der Tätigkeit der Staatsorgane, also beispielsweise der Regierung. Das sieht man beispielsweise daran, dass mehr als die Hälfte der DU-Wählerschaft meint, dass sich die Parteien nicht ums Volk kümmern. Gemeint sind wohl vor allem die anderen Parteien. Die Wählerinnen und Wähler der anderen drei Parteien sehen dies deutlich anders.

Als hauptsächlichster Wahlgrund nannten DU-Wähler am häufigsten das «Parteiprogramm». Die Unabhängigen haben ein solches nicht veröffentlicht. Worauf beziehen sich die Befragten? Gibt es eine Art «verstecktes» Parteiprogramm der DU? Im «hoi du» konnten man schon die programmatischen Positionen der DU nachlesen. Bei der Beantwortung der Frage über den wichtigsten Wahlgrund haben die Befragten

aber vermutlich nicht die konkreten Programmpunkte vor Augen gehabt, sondern eher die Stossrichtung der DU, wie man sie aus der Tätigkeit der vergangenen vier Jahren kennt. Das sind einerseits Haltungen in bestimmten Sachfragen - etwa zur Verschlinkung des Staatsapparates -, aber auch die Oppositionstätigkeit beziehungsweise die kritische Haltung gegenüber anderen Parteien.

VU und FBP haben hingegen ein Programm, das scheint ihre Wähler aber kaum zu interessieren. Ganz im Gegensatz zur Freien Liste, die von 61 Prozent ihrer Wähler aufgrund des Programms gewählt wurde. Gibt es - abgesehen von der politischen Linie - erkennbare Unterschiede in den Programmen, die diese unterschiedliche Gewichtung der Befragten erklären?

Bei der FBP und der VU schwingen andere Wahlgründe obenaus, in erster Linie die traditionelle Parteibindung. Aber auch Kandidatenpräferenzen, also das Regierungs- und Landtagsteam, sowie die Präferenz für den einen oder anderen Regierungschef-Kandidaten üben eine unterschiedlich starke Rolle aus. Die Programme der Grossparteien sind ja meist nicht sehr spektakulär und vielfach eher allgemein gehalten, nicht untypisch für grosse Volksparteien. Sie müssen ja einen breiten Spagat machen, da sie eine Wählerschaft in der Mitte, aber auch links und rechts der Mitte ansprechen wollen. Dagegen kann sich die FL ein pointierteres Programm leisten, dies wird ja sogar von ihren Wählerinnen und Wählern erwartet.

Im Vergleich zu 2013 hat die Zahl der Befragten zugenommen, die die «Macht» in Liechtenstein hauptsächlich bei Familien-Clans orten. Welche Entwicklungen/Ereignisse könnten zu dieser Einschätzung geführt haben?

Diese Zunahme lässt sich am ehesten damit erklären, dass diese Meinung besonders stark im Lager der DU vertreten ist und in den letzten vier Jahren aus diesem Lager heraus gefördert wurde. Da schwingt also die Einstellung mit, dass sich «die da oben» zu wenig um «uns hier unten» kümmern und Einzelinteressen vor dem Wohl des Volkes kommen. Wer glaubt, dass die grösste Macht von einzelnen Familien oder Clans ausgeht, ist aber nicht unbedingt unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein. Ausserdem sind es hauptsächlich solche, die keine traditionelle Parteibindung aufweisen.

Wie gross ist die Macht der Familien-Clans denn effektiv? Können Sie dazu ein Beispiel nennen?

Das liechtensteinische politische System ist so ausbalanciert, dass einzelne Familien - einmal vom Fürstenhaus abgesehen - relativ wenig Spielraum haben. Man denke nur beispielsweise an das Instrument der Volksabstimmung, das manche Entwicklung stoppen kann. Eher relevant für politische Entscheidungen sind einzelne Grossunternehmen oder dann die in Verbänden organisierten Interessen, aber das geht ja über den Begriff der Familie hinaus.

FBP und DU konnten bei den politisch nicht interessierten Wählern vergleichsweise stark punkten. Wie und mit welchen Themen haben die beiden Parteien diese Wähler - trotz Desinteresse - für sich gewinnen können? Inwiefern überschneiden sich die hierbei Taktiken von FBP und DU?

Das hängt weniger mit Taktik zusammen, als mit dem eher konservativen Profil dieser beiden Parteien. Die wenig an Politik Interessierten sind selbst eher konservativ und Status-quo-orientiert und haben daher die FBP und DU bevorzugt. Bei der überwiegenden Mehrheit der Befragten ist aber das Interesse an Politik hoch oder sogar sehr hoch.

«Die Programme der Grossparteien sind ja meist nicht sehr spektakulär.»